Nummer 592

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 20 Goldpfennig. 69. Jahrgang Sonnabend, 29. Dezember 1923

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse. Zinsschein-Kalender, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele andere

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | Für Manuskripte übernimmt der Verlag keine Verantwortung | tabellarische Übersichten | Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verantwortl. Leiter Handelsteil: W. Zunk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: H. Köppen Berlin-Steglitz; Inseratenteil: H. Rongiewski, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck Berliner Börsen-Zeitung, Buchdruckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Einzelpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,80 Goldmark, Stellengesuche 0,35 Goldmark, Reklamezeile 4 Goldmark. Bezugs-Preis: Monatlich 6,50 Goldmark. Die Zeitung erscheint in der Woche wöchentlich. Bestellungen nehmen Zeitungsexpediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im IV. Quartal 1923 für Amerika 5 Dollar, Frankreich 50 französ. Francs, Belgien 50 belgische Francs, Schweiz 20 Schweizer Francs, Holland 10 holländ. Gulden, Dänemark 20 dänische Kronen, Schweden 15 schwedische Kronen, Norwegen 20 norweg. Kronen, England 20 Schilling, Italien 100 Lire, Rumänien 600 rumänische Lei, Spanien 30 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 125 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 15 Pesos, Serbien 400 Dinar; für den Monat Dezember 1923 nach Oesterreich 250 000 österreichische Kronen, Ungarn 100 000 ungarische Kronen, Polen 9 000 000 polnische Mark, Litauen 50 Lit, Lettland 1000 lettische Rubel, Finnland 200 finnische Mark, Estland 1500 estländische Mark.

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Regierungsentscheidung über die dritte Steuernotverordnung.

Die Reichsregierung wird heute vormittag zum erstenmal nach den Weihnachtstagen zu einer wichtigen Sitzung zusammentreten, deren Hauptprogrammpunkt die dritte Steuernotverordnung sein wird. Es wird im Rahmen des Entwurfes zu dieser Verordnung über den Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern, über die Mietzinsfrage und über die Besteuerung der Hypotheken beraten werden. Mit diesen Fragen beschäftigte sich bereits gestern der Reichsratsausschuß, der die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes ergehenden Verordnungen vorprüft. Diesen Ausschußberatungen lag das Ergebnis der Besprechungen zugrunde, die der Reichsfinanzminister mit den süddeutschen Länderregierungen gepflogen hat. Entgegen Meldungen gestriger Abendblätter wird sich das Reichskabinett mit der Frage der Weiterzahlung der Besatzungskosten nicht beschäftigen, da erstens die Frage doch noch nicht akut ist, und da zweitens das Problem, das ja nicht nur vom deutschen finanzpolitischen, sondern auch vom außenpolitischen Standpunkte aus betrachtet werden muß, innerhalb des Kabinetts noch nicht geklärt ist.

•

Was die Besetzung des Botschafterpostens in Paris und des Gesandtenpostens in Brüssel anbetrifft, so kann gesagt werden, daß die Entscheidung schon in der allernächsten Zeit zu erwarten ist. Die deutschen Vorschläge sind der französischen und der belgischen Regierung bekannt, die Antworten werden gleichzeitig der deutschen Regierung übermittelt werden und die Bekanntgabe der Entscheidung der Reichsregierung über die Besetzung der beiden Posten wird unmittelbar darauf erfolgen. Soviel uns bekannt ist, ist der deutsche Vorschlag wegen der Besetzung des Pariser Postens von der französischen Regierung angenommen worden.

Es wird vielfach behauptet, daß der bisherige Geschäftsträger der deutschen Regierung in Paris, Legationsrat von Hoesch, Botschafter werden wird. Wegen des deutschen Vorschlages für die Besetzung des Brüsseler Postens finden noch Verhandlungen zwischen Paris und Brüssel statt.

Rechbergs Pläne.

Den Plänen des Herrn Rechberg, die wir in unserem gestrigen Abendblatt schon zurückgewiesen haben, wird mit erfreulicher Schnelligkeit auch von zuständiger Seite eine Entgegnung zuteil. Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben:

Pariser Pressemeldungen zufolge hat Herr Arnold Rechberg, der bekanntlich starke persönliche Kollinteressen vertritt, es unternommen, die in Paris maßgebenden politischen Persönlichkeiten für seine bekannten Pläne zu gewinnen, die die Uebertragung eines wesentlichen Anteils an der deutschen Industrie auf französische Hände beabsichtigt.

Herr Rechberg will der französischen Regierung das Recht geben, sich unter den deutschen Unternehmungen, gleichviel, ob sie in Gesellschafts- oder in anderer Form betrieben werden, diejenigen auszusuchen, an denen sie eine französische Beteiligung wünscht. Von diesen Unternehmungen sollen der französischen Regierung 30 Prozent der Aktien kostenlos übertragen werden, wobei die nicht vergesellschafteten Unternehmungen zwangsweise in Gesellschaften umgeformt werden. Auch von Kapitalerhöhungen während der nächsten 50 Jahre soll Frankreich einen entsprechenden Anteil erhalten. Die Frage der Entschädigung der Unternehmungen wäre vom Deutschen Reiche zu regeln. Es bleibt der französischen Regierung überlassen, an welche französischen Unternehmungen sie die so erhaltenen deutschen Industrieanteile weiter veräußern will, jedoch mit der Einschränkung, daß diese Anteile während 50 Jahren nicht außerhalb Frankreichs verkauft, insbesondere nicht nach Deutschland zurückverkauft werden dürfen. Die Festsetzung des Gesamtbetrages, mit dem diese übertragenen Industrieanteile zu bewerten sind, bleibt der Vereinbarung zwischen der deutschen und der französischen Regierung überlassen. Um diesen Gesamtbetrag soll die deutsche Reparationsschuld gegenüber Frankreich herabgesetzt werden. Die Einwendungen gegen die Ideen des Herrn Rechberg liegen auf der Hand. Erstens handelt es sich, wie aus den obigen Mitteilungen hervorgeht, um eine Sonderregelung zwischen Deutschland und Frankreich. Wenn angesichts des isolierten Vorgehens Frankreichs an der Ruhr der Gedanke, sich mit Frankreich gesondert zu verständigen, für nichtverantwortliche Politiker vielleicht ganz verlockend ist, so tritt die Unmöglichkeit dieses Gedankens doch sofort zutage, wenn man ihn an verantwortlicher Stelle verwirklichen wollte. Deutschland hat nach dem Vertrage von Versailles nicht einzelnen Reparationsgläubigern gegenüber, sondern einer Gesamtheit von Reparationsgläubigern, und es ist ausgeschlossen, daß England, Italien, Belgien und die übrigen deutschen Reparationsgläubiger es ruhig mitansehen würden, wie ein wesentliches Aktivum der deutschen Wirtschaft, die die alleinige Grundlage für die künftige Abtragung der deutschen Reparationsschuld bilden kann, auf Frankreich allein übertragen wird und Frankreichs Reparationsforderungen allein getilgt werden.

Ueber die Schwierigkeit, eine gerechte Bewertung des übertragenen Anteils an der deutschen Industrie zu finden, geht Herr Rechberg mit dem einfachen Vorschlag hinweg, daß sich darüber die deutsche Regierung mit der französischen Regierung zu einigen hat. Es ist aber gar nicht abzusehen, wie unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Grundlage für eine gerechte Bewertung gefunden werden soll. Bekanntlich haben die deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1913 bei einem Nominalkapital von 17,4 Milliarden Mark einen Kurswert von 30,7 Milliarden gehabt. In der Nachkriegszeit ist der Kurswert der deutschen Aktien in Goldmark umgerechnet infolge der Markentwertung sehr stark zurückgegangen und er hat außerordentlichen Schwankungen unterlegen. Es hat Zeiten gegeben, in denen der gesamte Goldwert der Aktien weniger als 2 Milliarden war. Zwischen den 30,7 Milliarden und 2 Milliarden liegt irgendwo der wirkliche Goldwert der Aktien, aber für die richtige Bewertung, wo zwischen diesen Grenzen er liegt, fehlt es an zuverlässigen Unterlagen. Die bekannte belgische Studie über das Reparationsproblem in dem belgischen Grunbuch hat sich diese Bewertungsfrage ziemlich leicht gemacht, indem sie ungefähr das Mittel zwischen den möglichen Grenzzahlen nimmt und auf eine Bewertung von 20 Milliarden Goldmark für die Gegenwart kommt, eine Zahl, die ganz willkürlich ist und keinerlei Anspruch auf Begründbarkeit erheben kann. Ueber den gegenwärtigen geringen Wert der deutschen Aktien ist man sich auf der Gegenseite auch im klaren, wie aus einer Bemerkung Poincarés in einer Rede vor einiger Zeit hervorgeht, in der er mit Beziehung auf diese Industriebeteiligungsfrage darauf hinwies, daß die deutschen Aktien zurzeit nur einen geringen Goldwert haben. Würde man sich von deutscher Seite auf die Rechbergschen Pläne einlassen, so könnte mit Sicherheit erwartet werden, daß der 30prozentige Anteil an den deutschen Unternehmungen für ein Butterbrot hergegeben werden müßte, ohne daß die deutsche Reparationsschuld dadurch nennenswert herabgesetzt wird, daß aber andererseits ein wesentliches Aktivum der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands damit verloren gegangen ist.

Aus der großen Zahl der Einwendungen, die rein vom deutschen Standpunkt aus gegen die Rechbergschen Vorschläge zu erheben sind, soll hier nur noch darauf hingewiesen werden, daß es vom Standpunkt der Selbständigkeit der deutschen Wirtschaft ganz unerträglich ist, 30 Prozent der Aktien, die ausgebaut werden können, aber auch ohne einen Zukauf in vielen Fällen praktisch den ausschlaggebenden Einfluß auf die Verwaltung der Gesellschaften verschaffen, in die Hände Frankreichs zu legen, das, wie die Erfahrungen am Rhein und Ruhr zeigen, bewußt auf die Lahmlegung und Zerstörung der deutschen Wirtschaft ausgeht. Der deutsche Unternehmungs- und Erfindungsgeist würde dadurch den Weg für die Zukunft ein für allemal versperrt sehen und einmeder auf jede Aktivität verzichten oder seine Aktivität außerhalb der Grenzen Deutschlands verlegen müssen.

•

Die Pläne, die der deutsche Industrielle Arnold Rechberg zur Lösung des Reparationsproblems gestern Poincaré vorgelegt hatte, bildeten heute den Gegenstand einer Erörterung in der französischen Kammer, die wir an anderer Stelle dieses Blattes wiedergeben. Die Interpellation wurde von dem Abgeordneten Reynaud über diese Pläne in München persönlich verhandelt hatte und seitdem sich wiederholt nach dieser Richtung betätigt hat.

Reynauld contra Poincaré.

Eine Kritik der Poincaréschen Pfänderpolitik in der französischen Kammer.

eca Paris, 28. Dezember.

In der Behandlung der Interpellationen über die auswärtige Politik in der Kammer ergreift zunächst der der Mitterand-Gruppe angehörende Abgeordnete Reynauld das Wort. Seine Ausführungen haben besonderes Interesse durch die heutigen Veröffentlichungen des „Matin" über die Pläne des deutschen Industriellen Rechberg, der übrigens der Kammersitzung beiwohnte und über dessen Pläne einer Beteiligung Frankreichs an der deutschen Industrie von dem gleichen Abgeordneten vor etwa Jahresfrist einmal in der Kammer gesprochen worden ist. Reynauld führte aus, er wolle die Vergangenheit nicht kritisieren, sondern die Zukunft betrachten, wie sie sich nach dem Ruhrsieg darbiete. Diejenigen, die von dem Genua-Geist beseelt seien, treten dafür ein, so schnell wie möglich das ganze Reparationsproblem zu regeln und die Pfänder aufzugeben, während die Verfechter des Versailler Vertrages die Beibehaltung der Pfänder verlangen, um damit eine Art eisernen Vorhang an der Schwelle des unbesetzten Deutschlands niederzulassen. Die erste Politik scheint dem Redner im Augenblick unmöglich. Die größten Schwierigkeiten für die gesamte Lösung der Reparationsfrage bilde die Haltung der Vereinigten Staaten in dem Problem der interalliierten Schulden. Dieses Problem müsse man also zurückstellen. Die weiteren Schwierigkeiten seien die Hindernisse für eine große internationale Anleihe. Der Politik des „eisernen Vorhangs" hält der Redner entgegen, daß das Ruhrgebiet ohne das unbesetzte Deutschland ein Torso ohne Direktion sei. Niemand könne gegen die Tatsache ankämpfen, daß im Ruhrgebiet eine wirtschaftliche Entwickelung unmöglich sei, solange Deutschland nicht wieder natürlicher Kunde werde. Wenn man aber Deutschland nicht irgendeine Möglichkeit für eine Einigung und Verständigung zeige, dann bedeute das ewigen Haß, und man dürfe nicht vergessen, daß der deutsche Haß stärker sei als der französische, das bedeute nichts anderes als Revanchekrieg. Auch könne Frankreich nicht in einem Zustand latenter Feindseligkeiten mit England und Deutschland gleichgültig bleiben. England liege im Augenblick auf einem Schmerzenslager zwischen zwei Aerzten, den Schutzhaftnerz und den Freihändlern. Den ersten dieser Aerzte habe es von sich gesagt, der zweite sage ihm, wenn Du leidest, so ist Frankreich schuld daran. Das Ärgste dabei sei, daß Frankreich in England die organisierten Kräfte, die City, die Gewerkschaften, die Geistlichkeit gegen sich habe.

Ist es möglich, zuzugeben, daß Frankreich gleichzeitig den Haß Deutschlands, Englands und der Welt zu tragen hat? Wie ist aber alsdann die Lage? Der Redner glaubt, daß Frankreich glänzende Karten in seinem Spiele hat. Vor einem Jahre noch es in Deutschland niemanden, mit dem Frankreich sich unterhalten konnte. Der Redner habe zu denjenigen gehört, die hofften, daß die Besetzung des Ruhrgebietes die öffentliche Meinung in Deutschland teilen würde. Wie dem auch sei,

Frankreich könne nur direkt zu dem deutschen Volk sprechen.

Reynauld kommt dann auf die Aufhebung des passiven Widerstandes zu sprechen, wobei Poincaré dazwischen ruft: „Man sandte sogar Unterstützungen, um den passiven Widerstand aufrechtzuerhalten." Reynauld erwidert: Wie dem auch sei, was dieses passiven Widerstand zum Ausdruck gebracht hat, das sind nicht Sie, Herr Ministerpräsident, sondern die Macht, die häufig für uns gearbeitet hat. Am 10. Oktober sagten Sie zu dem deutschen Geschäftsträger, über die Ruhr sprechen Sie mit General Degoutte, über das Rheinland mit dem Oberkommissar Tirard...

Wieder ruft Poincaré dazwischen: Was Sie da sagen, hat nur einen Fehler, nämlich, daß es vollkommen unrichtig ist.

Reynauld fährt fort: Jedenfalls wirkt ab heute für die Deutschen eine neue Tatsache. Ramsay Macdonald ist am politischen Horizont erschienen und die Haltung, die man in Berlin noch vor einem Monat gezeigt habe, hat sich gründlich geändert. Am 24. September 1923 ist der Franken gestiegen, weil die Welt glaubte, daß wir uns mit Deutschland aufsprechen würden.

wenn der Franken jetzt heruntergeht, so geschieht dies, weil man nicht glaubt, daß wir uns mit Deutschland einigen werden

(lebhaftes Sehr gut! auf der Linken). Zunächst müsse das Problem der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern geregelt werden, werde dieses Problem nicht gelöst, dann werde man auch das Problem der Reparationen und das der Sicherheit nicht lösen. Das Unglück des Versailler Vertrages ist, daß er eine Grenze zwischen zwei Lagern, nämlich einem Kohlenlager und einem Eisenlager gezogen habe. Was ist notwendig, um die so gestörte Harmonie wieder herzustellen? Man hat eine Lösung durch Beteiligung gesucht, oder, und das ist sonderbar, die französischen Grubenbesitzer haben sich Interessen an deutschen Gruben gesichert.

Poincaré ruft wiederum dazwischen: Kennen Sie Abkommen dieser Art, die Regierung kennt keine. Jedenfalls hat die Regierung erklärt, daß sie alles getan habe, was in ihrer Macht liege, zu verhüten, daß derartige Abkommen ohne ihre Zustimmung unterzeichnet werden.

Reynauld fährt fort: Es ist in der Tat sehr wichtig, daß diese Beteiligung unter ihrer Kontrolle stattfindet. Er glaubt jedoch, es sei ein schwerer Fehler, daß man die Möglichkeit von Bezahlungen in natura außer acht gelassen habe. Seit einem Jahre habe man eingewandt, daß die Deutschen in dem Zustand der Unsicherheit, in dem sie sich befinden, Kapitalien ihrer Gesellschaften an fremde Gesellschaften ausgeführt haben, dies sei jedoch eine Gefahr, der man leicht entgegentreten könnte. In den Hüttenwerken des Saargebietes hätten die Deutschen ausgezeichnete Kontrakte gemacht, man müsse sich von diesen Kontrakten inspirieren lassen, so wie dies auch Belgien getan hätte.

Poincaré ruft dazwischen: „Und wie wir es auch getan hätten. Ich habe persönlich Herrn Rechberg empfangen."

Reynauld fährt fort: Wenn derartige Beteiligungen zustande kämen,

dann wären wir bald die Aktionäre Deutschlands.

Diese Verknüpfung der gemeinsamen Interessen wäre für uns eine der besten Möglichkeiten der Sicherheit und vielleicht wäre der Krieg von 1870 niemals ausgebrochen, wenn Frankreich damals die Mitarbeit der süddeutschen Staaten angenommen hätte. Der Redner glaubt, daß Deutschland niemals die gleiche Auffassung von der Demokratie haben werde, die Frankreich habe. Im Jahre 1922 sei die Produktion des Ruhrgebietes riesenhaft gegen die des Jahres 1923 gewesen. Poincaré ruft dazwischen: „Man hatte die Industriellen von der Kohlensteuer befreit, um ihr diese Ueberproduktion zu gestatten.

Im weiteren Verlauf seiner Rede erwähnt Reynauld sodann die wirtschaftliche Lage im Ruhrgebiet und erklärt, die deutsche Regierung habe die Industriellen ermutigt, ihre Arbeiter länger als acht Stunden arbeiten zu lassen. Poincaré unterbricht ihn mit der Bemerkung, dies tue sie nicht nur gegen die deutschen Arbeiter, sondern auch gegen die französische Industrie, denn während die deutschen Arbeiter zehn Stunden arbeiteten, arbeiteten die französischen nur acht Stunden. (!)

Es kommt sodann zu einer lebhaften Auseinandersetzung des Redners mit den Sozialisten, an der sich auch Abgeordnete der Rechten beteiligen.

Schließlich fordert Reynauld den Abgeordneten Sherriot auf, sich auszusprechen, wie er sich

zur Ruhrfrage

stelle. Herriot erklärt, er habe mit Poincaré verabredet, daß die Diskussion bis nach den Ferienverschoben werde, da der Ministerpräsident selbst nicht das Wort ergreifen wolle. Die Aufforderung des Abgeordneten Reynauld veranlaßte ihn aber, darauf zu erwidern. Herriot erklärte sodann, er habe nicht für die Ruhroperation gestimmt, weil er der Ansicht gewesen sei, daß diese Regierung nicht alles erforderlich getan hätte, um sich mit den Alliierten zu verständigen. Er bedauere es nicht, daß er nicht für die Ruhraktion gestimmt habe, aber da die Fahne Frankreichs engagiert sei, habe er nichts gegen die Ruhrbesetzung unternommen. Eine Niederlage Frankreichs im Ruhrgebiet wäre nicht eine Niederlage für die gegenwärtige Regierung, sondern eine Niederlage für das Land.

Im Ruhrgebiet gehe man aufs Ganze.

Wenn man die Frage stellen würde, ob das Ruhrgebiet geräumt werden solle, so werde er antworten: nein! Aber er würde sich bemühen, an Stelle jedes unsicheren Pfandes solidere Pfänder zu sehen. Dadurch könnte man die interalliierte Einheitsfront wieder herstellen.

Der Abgeordnete Reynauld will erwidern, Ministerpräsident Poincaré achtet aber nicht darauf und verliest das Dekret, durch das die außerordentliche Parlamentssession geschlossen wird.

Die nächste Sitzung findet am 3. Januar 1924 statt.

Polen und Ostpreußen.

Von

Bardowiek.

Wie wir erfahren, hat der polnische Westmarkenverein kürzlich eine Sammelwoche begonnen, deren Zweck mit folgendem Aufruf begründet wird:

„Längs der Westmark der polnischen Republik leben unter deutscher Herrschaft eineinhalb Millionen Polen, die durch eine ungerechte Grenzlinie von ihrem Familienstamm abgeschnitten sind. Die Bedingungen ihrer nationalen Existenz sind außerordentlich schwer. Es droht ihnen die langsame Entnationalisierung und vollständige Vernichtung seitens des mächtigen Staatsapparates und der deutschen Sozialorganisationen. Der Intelligenz und der Führer, — die durch den Terror und die Schikanen der deutschen Behörden ausgewiesen werden sind —, beraubt, wehren sie sich unter großen Schwierigkeiten gegen die Ueberschwemmung, die sie bedroht. In diesem Kampfe erwarten sie Hilfe von uns, die wir glücklicher, weil frei sind. Wir haben kein Recht, ihnen diese Hilfe zu versagen, da es sich um die Erhaltung der nationalen Vorposten und des Landes, das unser Erbe ist, handelt. In den Grenzen der Republik ist der Kampf um das Polentum der Außenmarken noch nicht beendet. Die jahrhundertelange Knechtschaft hat Spuren hinterlassen, die nur viele Jahre schwerer organisatorischer Arbeit von ihren Grundlagen zu beseitigen imstande ist. Die im Innern des Landes organisierte deutsche Aktion legt uns die Pflicht auf, eine ebenso geschlossene Front im Kampfe um das Polentum unserer Länder entgegenzusetzen. Das Komitee der „Woche" ruft sämtliche Unterlanen ohne Unterschied ihrer politischen Ueberzeugungen, denen die Sache der Sicherheit und politischen Tradition der polnischen Republik teuer ist, auf, eine Vermögensabgabe zwecks Stärkung der Rückforderung des Landes, das durch die Abgabe des Blutes der besten Söhne unseres Vaterlandes erkauft wurde, zu leisten."

Man würde dem Aufruf zuviel Ehre antun, wenn man ihn auf seinen Tatsachenbestand hin unter die Lupe nehmen wollte. Wesentlich erscheint uns, daß die eingeleitete Sammelwoche des polnischen Westmarkenvereins unter dem Protektorat des polnischen Staatspräsidenten steht und ganz offenbar durchaus nicht humanitären, sondern rein politischen Zwecken

Schlußkurs der Mark in New-York
25 cts. für 1 Billion Mark.
Hiesige Parität
4 Billionen.